

Stettiner Zeitung.

Inserate: Die Zeitzeile 1 Sgr.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

N 234.

Abendblatt. Dienstag, den 21. Mai.

1867.

Deutschland.

□ Berlin, 20. Mai. Die Ratifikation des Londoner Vertrages ist hier bereits am heutigen Tage vollzogen worden. — Die Preußenfeinde in Süddeutschland, namentlich in Bayern, lassen keine Gelegenheit vorübergehen, die verhaspte Verbindung mit Preußen wenigstens noch bei der ungebildeten Menge in Misskredit zu bringen. Auf diese kann es nur berechnet sein, auf die gemeinen Soldaten, Unteroffiziere u. A. m., wenn von München die Klage laut wird, der preußische Militärbevollmächtigte General v. Hartmann habe in den Offizierkreisen durch anmaßendes, unbefugtes Einmischen in militärische Dienstangelegenheiten Anstoß erregt. Von zuverlässigen und unbefangenen Seiten wird das strikte Gegenstell gemeldet und vernünftiger Weise kann man solche albernen Verdächtigungen nur als böswillig, zugleich aber als plump erfunden, voraussehen. Es liegt wohl auf der Hand, daß die preußischen Militärbevollmächtigten es als ihre Aufgabe mit betrachten müssen, auch durch ihren persönlichen Einfluß die militärische Verbrüderung zu befördern und daß bei der Auswahl auch auf diesen Nebenpunkt gewiß mit Rücksicht genommen ist; auch wenn dies nicht der Fall wäre, kann man von jedem preußischen General wohl voraussehen, daß er unter den obwaltenden Verhältnissen Takt genug besitzen wird, jede Veranlassung zu Missdeutungen seiner Stellung zu vermeiden. — Der früher zur Disposition gestellte General Groß Stolberg, welcher während des Kriegs in Schlesien ein stiegendes Corps errichtet hatte, ist in den aktiven Dienst wieder eingetreten.

— Sämtliche Fußbatterieen der Feld-Artillerie sind nunmehr mit gezogenen Geschützen versehen und die reitenden Batterieen sollen noch im Laufe dieses Jahres damit ausgerüstet werden. — Die „Augst. Allg. Ztg.“ hat sich jedenfalls unnöthiger Weise darüber Scrupel gemacht, daß die gemeinschaftliche Reise der hohen Monarchen von Preußen und Russland nach Paris dem Kaiser Napoleon nicht erwünscht sein würde. Bei weiterer Ausführung dieses Themas hat die „A. A. Z.“ auch die Vermuthung ausgesprochen, Kaiser Napoleon werde diese Durchkreuzung seiner Berechnungen in zarter Weise zu verhindern suchen. Dieser gemüthlichen Ansicht, daß Kaiser Napoleon vielleicht sagen würde, die hohen Monarchen möchten doch lieber einzeln kommen — „weil er etwa für Beide zugleich nicht den nötigen Logirraum hätte“, kann man sich aber nicht gut anschließen. Kaiser Napoleon hat vor Beginn der Industrie-Ausstellung diese und andere Fürstliche Herren zum Besuch eingeladen; wenn nun der Kaiser Alexander und König Wilhelm die Reise dahin gemeinschaftlich unternehmen, so kann doch unmöglich Kaiser Napoleon dagegen demonstrieren, das wäre doch ein wunderliches Verfahren gegen eingeladene hohe Gäste. Die französische, namentlich die offiziöse Presse überbietet sich jetzt in wunderlichen widersprüchsvollen und unklaren Redewendungen. Es scheint fast, als ob die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Erfolgen der Diplomaten durch dunkle Andeutungen und neue Illusionen beschwichtigt werden sollte. Ein besseres Beruhigungsmittel würde aber gewiß die Festigung des Vertrauens auf dauernden Frieden und damit die Hebung der materiellen Interessen sein. — Die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft haben ein Gesuch um gänzliche Befreiung der Elbholz- und Aufhebung der Transitzölle nach Mecklenburg-Schwerin, Lauenburg und Bergedorf an das Staatsministerium eingereicht. — Wenn einige Blätter neuerdings als Neuigkeit melden, daß der Geh. Regierungs-Rath, früherer Polizei-Rath Stieber d. J. im Staats-Ministerium eine Wirksamkeit erhalten habe, so ist dies dahin zu berichtigten, daß nicht erst seit Kurzem, sondern schon seit Jahresfrist der Genannte an dieser Stelle thätig ist. Während des Krieges hat Stieber die Feldpolizei in Österreich organisiert und geleitet; momentan entwickelt derselbe, wie ich höre, in Hannover eine sehr erfolgreiche Tätigkeit, deren Resultate und Folgen wenigstens zum Theil auch bekannt werden dürften.

— (B. B.-Z.) Der Befürchtung, welche in unserem Abgeordnetenhaus Herr Waldeck geäußert, daß bei der neuen Gestaltung der Dinge jedes Frühjahr einen neuen Krieg bringen könnte, scheint glücklicher Weise der Boden entzogen worden. Der Mahnung, daß „das Bündnadelgewebe nicht in Permanenz erklärt werden möge“, hat die preußische Regierung tatsächlich durch versöhnlichen Geist und williges Eingehen auf ein Kompromiß entsprochen, welches uns eine schmerzhafte Enttäuschung auferlegt, eine Enttäuschung, deren Gegenstand freilich in rechtlicher Beziehung so wenig klar und unbestreitbar stand, daß es eine unverantwortliche Frivolität gewesen sein würde, seinetwegen es auf einen blutigen und das Land erschöpfenden Krieg ankommen zu lassen. Noch sind unsere Lazarette von den Opfern des vorjährigen Krieges nicht leer; sie auf's Neue zu füllen, ohne daß dringende Not uns die Waffe in die Hand drückte, wäre ein Frevel an der Menschheit und am Vaterlande gewesen. Für den Ruhm ist in den letzten Jahren so viel geschehen, daß seine Auffassung durch neues Blut verglichen von der Welt als Barbarei verurtheilt werden würde. Der Feldzug gegen Dänemark im Jahre 1864 mit den beiden glänzenden Waffentaten von Düppel und Alsen, der vorjährige, an das Fabelhafte grenzende, Krieg der „sieben Tage“ thun der militärischen Ehre für mehr als ein Menschenalter genug, und die Vergung und Sicherung der Früchte jener Kriege ist eine Aufgabe, deren Durchführung nur im Frieden möglich. Wie peinlich und bitter daher auch die Thatssache uns berührt, daß unsere Truppen die preußische Fahne auf den Wällen von Luxemburg einzuziehen haben: wir getrostet uns, daß um diesen Preis die Erhaltung des Friedens nicht zu teuer erlaucht, die Neutralität Frankreichs während der Jahre 1864 und 1866 nicht zu hoch bezahlt worden ist. Mit dieser Ausgleichung ist der Alp von Europa's Brust genommen, welcher auf derselben so lange lastete, als die Frage der französischen „Kompensations-Forderungen“ im Dunkeln lag und

jeden Augenblick in feigerischer Gestalt an's Licht treten konnte. Die schwarzen Wolken, nach welchen jeder Finger ängstlich deutete, als sie am fernen Horizont gelagert waren, haben sich zusammengebaut, um sich alsdann gefahrlos zu zerstreuen und aufzulösen. Die Geschichte wird vielleicht dem jüngsten Leiter der auswärtigen Politik als sein rühmenschwertestes Werk dieses verzeichnen, daß er nach einem Kriegsjahre, wie das verflossene, zu einem Friedensalte, wie der jüngst abgeschlossene, sich bereit gefunden hat. Nachdem er mit dem Schwert Deutschland sich selber wiedergegeben, hat er denselben mit dem Dolzweige die Sympathieen Europa's gewonnen.

Aus Paris ist wiederholt von einer Verstimmung gegen Preußen geschrieben worden, welche, weit entfernt, durch die Konferenz beseitigt worden zu sein, seit ihrem Abschluß sich merklich gesteigert habe. Dieser Umschau sprechen jedoch weniger von der Gerechtigkeit gegen Preußen, als von der Verstimmung gegen den Kaiser. Diese Verstimmung und der Wunsch, sie an den Tag zu legen, nicht aber Uebelwollen gegen Preußen, sei der Grund gewesen, weshalb die offiziellen Mittheilungen der Regierung vom gesetzgebenden Körper so kalt aufgenommen wurden: diese Verstimmung zeige sich in allen Kreisen, unter den Freunden sowohl, wie unter den Gegnern des Kaiserthums, ja, selbst diejenigen, die aus tiefster Überzeugung, und nicht aus bloßem Krämer-Interesse, vor dem Gedanken eines Krieges mit Deutschland zurückbeben, hätten kein Hehl, daß ein zweiter ähnlicher „Krieg Frankreichs“ dem Kaiser und seiner Dynastie bedrohlich werden müste. Der „A. A. Z.“ wird aus Paris geschrieben: Es sei nicht wahr, sagen alle, die das französische Volk nicht nach dem bloßen Geschwäche der Etaminets beurtheilen, daß es sich nach einem Kriege mit Deutschland sehne, und obgleich die Unbeliebtheit des preußischen Namens in ganz Frankreich sich nicht in Abrede stellen lasse, sei es doch aber und aber erlogen, daß die Masse des Volkes — geschiehe denn die gebildeteren Klassen — eine Kriegserklärung gegen Preußen mit unbändiger Freude aufnehmen würde. Wahrsagegen sei es, daß die vom Kaiser gegen Preußen bisher befolgte Politik im ganzen Lande als eine verfehlte verurtheilt werde, daß das Vertrauen in den Verstand und den Takt des Kaisers untergraben sei. Dass er zwei Mal einen Anlauf genommen, um wieder zurückzuweichen, das sei es, was die Franzosen ihm verdanken, und die Besorgniß, daß er es zum dritten Male versuchen dürfte, wenn kein Umkehr mehr möglich sei, nicht aber das eigene böse Gelüste beherrsche sie.

— Die Studenten-Versammlung zur Feststellung einer Petition an das Abgeordnetenhaus und die Staatsregierung um Aufhebung der eximierten akademischen Gerichtsbarkeit wurde am Sonntag Vormittag in Schäfer's Etablissement abgehalten. Ein Theilnehmer an derselben berichtet der „B. B.-Z.“ Folgendes: „Die von dem im vorigen Semester erwählten Comitis angefertigte Denkschrift, welche in eingehender Weise die Unhaltbarkeit jener mittelalterlichen Institution in allen Beziehungen nachweist, sowie die Petition wurden von der überwiegenden Majorität der 200 Anwesenden unverändert angenommen. Für die Beibehaltung der bestehenden Gerichtsbarkeit erhob sich keine Stimme; nur vereinzelte Stimmen, aus der Mitte speziell studentischer Corporationen, welche das Duell noch mit Vorliebe pflegten und sich mit den kläglichen Resten des alten „Nonommistenthums“ brüsten, wie der Corps und der Verbindung Germania, waren dafür, daß nicht eine gänzliche Aufhebung, sondern nur eine Reform der akademischen Gerichtsbarkeit angestrebt würde, und zwar — „weil das Universitätsgericht das studentische Duell milder bestrafe, als die ordentlichen Gerichte.“ — Dieser Grund vermochte natürlich keinen Eindruck zu machen; das anhaltende allgemeine Gelächter bei Versammlung ersegte denn auch eine Widerlegung desselben, die deshalb nicht erfolgte, weil der Schluss der Debatte schon angenommen war. Schließlich wurde das schon bestehende Comitis mit der Sammlung von Unterschriften für die Petition, mit der Absendung der Petition und der Weiterverbreitung der Agitation auch auf anderen Universitäten beauftragt. Die Petition soll dem Abgeordnetenhaus im Anfange nächster Woche überreicht werden.

— In Folge der im Hannoverschen betriebenen Agitationen sind in diesen Tagen der Polizei-Direktor Dr. Stieber, der Polizeirath Goldheim und andere Polizeibeamten nach Hannover gegangen.

— Die zwischen der Krone Preußen und den thüringischen Regierungen, welche zuletzt die Bundes-Reserve-Infanterie-Division gebildet haben, abgeschlossenen Militär-Konventionen bestimmen bekanntlich, daß von letzteren Staaten, statt des in der norddeutschen Verfassung bestimmten Salzes von 225 Thlr. auf den Kopf, jährlich zunächst nur 162 Thlr. bezahlt und in sieben Jahren je 9 Thaler zugelegt werden sollen, bis der Bundesverfassungssatz erreicht ist. Nachdem nunmehr diese Konventionen zur Kenntnis der Landtage gekommen sind, entnimmt das „Dresd. Journ.“ einige weiteren Paragraphen derselben Folgendes: Preußen übernimmt bei der Organisation dieser Kontingente auch die Organisation der Landwehr und das Aushebungsgeschäft. Bis zum Jahre 1874 werden alle Offiziere der Kontingente als zur preußischen Armee gehörig betrachtet. Alle Anstellungen, Beförderungen und Verhafungen innerhalb der Kontingente und aus diesen heraus werden von dem Bundesfeldherrn verfügt. Alle Offiziere leisten dem Könige von Preußen den Fahneneid. Die Grundfarben, Schnitt und Grad-Abzeichen der preußischen Uniform sind maßgebend; die Offiziere tragen preußische Feldeichen und Schärpen. Den Kontingentsherren bleibt es überlassen, die äußeren Abzeichen nach ihrem Ermessen zu bestimmen; es steht ihnen die Disziplinargewalt eines kommandirenden Generals zu. Im übrigen wird die Disziplinarbefugnis von denjenigen Truppenkommandanten ausgeübt, welchen

das Kontingent in dienstlicher Beziehung unterstellt ist. Das Begegnungsrecht übt der König von Preußen aus; etwaige Wünsche der Kontingentsherren werden in dieser Beziehung möglichst berücksichtigt finden. In den Etat der Kontingente wird eine Adjutantur des Kontingentsherren aufgenommen.

— Die Regierung des Fürstenthums Birkenfeld führt seit längeren Jahren einen Prozeß gegen die Krone Preußen, von dem sie gewisse Berechtigungen von erheblichem Werthe an den Waldungen des Amtes Wildenburg beansprucht. Wie die „Bank- und Handels-Zeitung“ erfährt, ist dieser Prozeß jetzt in letzter Instanz zu Gunsten Birkenfelds entschieden, und das Fürstenthum hat daraus eine Entschädigungssumme von etwa 70,000 Thalern zu erwarten.

Köln, 18. Mai. Die Pionier-Bataillone, welche bisher noch Infanterie-Gewehre mit Bayonetten führten, erhalten jetzt ganz kurze Bündnadel-Gewehre, auf welche an Stelle des Bayonets das Faßninemesser gesteckt wird.

Trier, 16. Mai. Die „Trierische Z.“ schreibt: „Für Trier hat die Entfernung der preußischen Garnison aus Luxemburg noch eine nahe liegende praktische Bedeutung. Man hofft nämlich, daß Trier um so mehr als ein geeigneter Ort für Aufnahme der luxemburgischen Garnison befunden werde, als es nicht nur einen angenehmen, gesunden und wohlfühlenden Aufenthaltsort bietet, sondern auch für alle kommenden Ereignisse in Frankreich und im Großherzogthum Luxemburg mehr als bisher einer starken Garnison bedarf. Die Sache würde sich natürlich in diesem Sinne von selbst erledigen, wenn Trier ein verschanztes Lager erhielt. In diesem Falle lämen Trier nicht nur die Vortheile einer vermehrten Garnison zu statthen, sondern es könnte alsdann auch mit Zuversicht an die baldige Ausführung der Eifel-, Mosel- und Hochwaldbahn geglaubt werden, damit Trier auf diese Weise in direkte Verbindung mit den drei rheinischen Festungen Köln, Koblenz und Mainz gebracht sei.“

Frankfurt a. M., 19. Mai. Von einer Anzahl bürgerlicher Bürger ist unter dem 11. d. M. eine Eingabe an den Herrn Finanzminister eingereicht worden, welche sich auf's Nachdrücklichste gegen die Einführung der Maß- und Schlachtener bei uns ausspricht.

Aus Mecklenburg-Schwerin, 18. Mai. Eine Ministerial-Bekanntmachung ordnet die Belehrung der vorbereitenden Arbeiten zu dem diesjährigen Recrutingegeschäfte an. Bis Ende dieses Monats sollen die Geburtslisten von 1846 von den Predigern u. den betreffenden Behörden eingeliefert sein.

Dresden, 19. Mai. (N. Allg. Z.) Es war ein erhabendes Fest, eine Art wirklichen Brüderungsfestes, welches sich vorgestern Abend aus der dem preußischen Offizierkorps von unseren hier garnisonirenden sächsischen Offizieren gegebenen Abschiedsfeier entwickelte. Die Anwesenheit des Kronprinzen, welcher noch Vormittags der Eröffnung der Chemnitzer Industrie-Ausstellung beiwohnt hatte und des Prinzen Georg bis nach Mitternacht, die Dauer des ganzen Festes bis gegen 5 Uhr Morgens, bewies, wie animirt die durch offizielle und nicht-offizielle Trinkspiele gewürzte Stimmung der über 400 Festteilnehmer gewesen. Die Säle des Belvedere waren mit den blühenden Gewächsen umgebenen Büsten der Könige Johann und Wilhelm, mit Fahnen in den sächsischen, preußischen und norddeutschen Bundesfarben, sowie mit den Wappenschilden der norddeutschen Bundesstaaten geschmückt und eine treffliche, von den Kapellen des Leib-Grenadier-Regiments König Johann Nr. 100 und des 2. sächsischen Grenadier-Regiments Nr. 101 vorgetragene Musik, unterstützte den Genuss der Freuden der reich besetzten Tafel. Eine später auf der Elbdampfschiff von diesen Kapellen ausgeführte Nachtmusik, verlieh dem Fest noch einen besonderen Reiz, dessen ganzes Arrangement somit geeignet war, einen angenehmen und dauernden Eindruck zu hinterlassen.

— Die unter der Protektion des Kronprinzen stehenden Militävereine des Landes beabsichtigen an den Jahrestagen der Schlachten bei Gitschin (29. Juni) und Königgrätz (3. Juli), stillen Todtentseier zu veranstalten, die sich aber fern von jeder Demonstration halten sollen. Von den zu Ehren der in den gedachten Schlachten gefallenen Sachsen zu errichtenden Denkmälern ist das für Gitschin bereits fertig und wird an den Ort seiner Bestimmung geschafft. — Einige Zeitungen wollten in dem Unterbleiben der Enthüllung des Fried-ich-August-Denkmales auf dem Neumarkt am gestrigen Jahrestage der Geburt des verstorbenen Königs eine Art Absicht erblicken. Mag sein, daß es bestimmd erscheint, daß dieser Tag zum zweiten Male dazu ungenügt vorüberging, allein wir halten die politische Feindschaft unter uns für hinlänglich abgelöscht, um es gleichgültig zu finden, ob die dabei nothwendig zu Tage tretenden spezifisch-sächsischen Sympathieen sich auch erst nach dem Abzuge der preußischen Truppen fundgeben.

— An dem Tage und noch vor der Eröffnung der Industrie-Ausstellung zu Chemnitz, verließ der König dem Bürgermeister Müller und dem Vice-Bürgermeister Betters das Ritterkreuz des Verdienstordens mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß die Auszeichnung der guten Haltung der Stadt Chemnitz im vorigen Jahr und dem Anteil der Verwaltung daran, galt. — Gestern wurde die Ausstellung u. A. auch von dem Königl. preußischen Gesandten Herrn v. Eichmann besucht.

Ausland.

Wien, 18. Mai. Von den Präsidenten-Ernennungen für beide Häuser des Reichsrates macht jene des polnischen Demokraten Dr. Ziemiakowski zum zweiten Vice-Präsidenten des Abgeordnetenhauses das meiste Aufsehen. Es sollen vor seiner Berufung auf diesen Posten Verhandlungen mit ihm gepflogen worden sein, wobei gegenseitig gewisse Zugeständnisse gemacht worden wären. Bekannt ist, daß Dr. Ziemiakowski in seinem Vaterlande für Be-

schlung des Wiener Reichsrathes eifrig gewirkt hatte. Was Dr. Gisela, den ernannten Präsidenten des Abgeordnetenhauses, betrifft, so heißt es, daß er diese Stelle nur kurze Zeit bekleiden werde, da ihm ein Ministerposten vorbehalten sein soll. Heute erneuert sich das Gerücht mit etwas mehr Bestimmtheit, daß der Präsident der Wiener Handelskammer und Reichstags-Abgeordnete Winterstein (ein Jude) zum Handelsminister designirt sei. — Hinsichtlich der Befestigung Wiens glaubt man, daß, obwohl die Arbeiten dazu bereits im Gange und bedeutende Lieferungen abgeschlossen sind, die Regierung bei einem ernstlichen Widerstande im Reichsrath den Plan aufgeben werde.

— Die Mannschaften der ungarischen Legion, deren Errichtung auf preußischem Boden erfolgte, sind jetzt vom Militärdienst freigegeben worden. Die deutsch-slawischen Regimenter, in welche sie bei ihrer Wiederübernahme eingethieilt worden, sind angewiesen, alle diejenigen, welche sich seitdem gut betragen (und das ist die große Mehrzahl) an ihre früheren Truppenteile wieder abzugeben, und dort werden sie, sofern sie es wünschen, sofort beurlaubt.

Paris, 18. Mai. Der Konflikt zwischen der Regierung und der mit der Prüfung des Armee-Organisations-Gesetzes betrauten Kommission der Legislative soll, wie heut Abend allgemein versichert wird, in das Stadium eines Ausgleiches gelangt sein. Es wäre dies sehr wünschenswert, doch muß ich erwähnen, daß die heut Morgen von mir in dieser Angelegenheit gesammelten Erkundigungen mit einem so schnellen friedlichen Ausgange nicht übereinstimmen. Jedenfalls darf man wohl annehmen, daß, wenn Konzessionen gemacht sind, dies nicht von Seiten der Kommission, sondern von Seiten der Regierung geschehen ist. Gestern hat Herr Schneider nach der Sitzung des gesetzgebenden Körpers mit Herrn Larabure, dem Vorsitzenden der Kommission, eine Unterredung gehabt, und wahrscheinlich wird der Präsident des gesetzgebenden Körpers das Resultat der Audienz, die er am Morgen beim Kaiser gehabt, mitgetheilt haben. Ob und in welcher Weise dieses Resultat günstig gewesen, darüber erfährt man nichts. Aber andererseits wird erzählt, daß Herr Gressler, der Berichterstatter, die Absicht ausgesprochen habe, lieber sein Mandat niederlegen zu wollen, als die Konklusionen des Berichtes zu modifizieren, und daß die Kommissionmitglieder sich auf Ehrenwort verbindlich gemacht hätten, sich nicht eher wieder mit der Sache zu befassen und nicht eher wieder zusammen zu treten, als bis die Regierung den Forderungen der Kommission beigetreten sein werde. Aber, wie gesagt, man spricht heut Abend von einem Arrangement, und weil es nicht unmöglich ist, daß die Regierung Konzessionen gemacht hat, so habe ich keinen Grund, diese Gerüchte zu dementiren. Auf jeden Fall ist es hohe Zeit, daß man zu einer allgemeinen Verständigung gelange, denn Jedermann, der aus der Provinz hier eintrifft, weiß nur zu erzählen, daß man im Lande der Langsamkeit des gesetzgebenden Körpers müde ist, und diese Unzufriedenheit dort noch stärker als hier in Paris hervortritt.

London, 18. Mai. Die Frage einer allgemeinen Reduzierung der stehenden Heere wird nicht nur in den Blättern, sondern auch in diplomatischen Kreisen besprochen, und das französische Gesandtschafts-Hotel läßt es sich besonders angelegen sein, die Meinung zu verbreiten, daß Kaiser Napoleon sich über diesen Punkt mit umfassenden Plänen beschäftige, um damit bei dem zu erwartenden Besuch allerhöchster Personen in Paris hervorzutreten. Die größte Schwierigkeit liege in der Wehrverfassung Preußens, denn da vermittels dieser Preußen binnen kürzester Zeit über ein großes, schlagfertiges Heer gebieten könne, bleibe den anderen Mächten bloß die Wahl zwischen Aufrechterhaltung entsprechend starker stehender Heere, oder Annahme eines dem preußischen analogen Wehrsystems. Gegen Ersteres spreche der Geist der Zeit und die finanzielle Bedrängnis, gegen Letzteres alte Gewohnheiten, oder wenn man lieber will, Vorurtheile, auf jeden Fall eine starke Abneigung, die sich vielleicht erst nach vielen Jahren überwinden lasse. Der "Globe" spricht ebenfalls über den Entwaffnungspunkt und hat Grund zu glauben, daß die britische Regierung, von dem ersten Wunsche bestimmt, den Frieden Europas sicher zu stellen, den kontinentalen Mächten die Zweckmäßigkeit einer allgemeinen Entwaffnung zu Gemüthe führt. Und zwar habe sie diese ihre Rathsäume, wie sich von selbst versteht, in Gestalt freundlicher Mittheilungen bisher vornehmlich an Preußen und Frankreich gerichtet. So weit der Globe. Das Lord Stanley diesen Gegenstand in Anregung gebracht und er darüber wohlgemeinte Worte im Konferenz-Saale fallen ließ, ist bereits früher mitgetheilt worden.

Florenz, 19. Mai. Der König empfing vor seiner Abreise nach Turin eine Glückwünschungs-Deputation des Abgeordnetenhauses bei Gelegenheit der Vermählung seines zweiten Sohnes. In der Entgegnung auf die Anrede der Deputation sprach der König Victor Emanuel von der politischen Lage Europas wie von Italiens Genugthuung, daß es zur Londoner Konferenz gezogen wurde, wobei er warnte, sich keine Illusion zu machen, als ob es nun zu unvorhergesehenen anderen Verwicklungen nicht so bald kommen könnte. „Wir haben von Glück zu sagen, wenn es uns gelingt, in dieser Periode der Ruhe unsere Finanzen zu ordnen; unsere Lage erfordert indes vorzüglich nur Mut und Ausdauer.“

Newyork, 3. Mai. Während Senator Wilson und andere radikale Kongressmänner den Süden bereisen, Meetings veranstalten, die Neger bearbeiten, kurz, Alles thun, um eine möglichst starke Partei zu bilden und bei den Wahlen, wenn irgend thunlich, zu siegen, gefällt sich die Militärvorherrschaft, die einstweilen dort am Ruder ist, gelegentlich in Willkürthüften, auf die das freie Amerika in jedem anderen Staate mit Fingern deuten würde.

Das Löschkorps von Charleston feierte jüngst sein Stiftungsfest durch eine Parade. Als der Festzug geordnet und aufgestellt war, bereit zum Abmarsch, überbrachte eine reitende Ordonnanz einen Befehl vom Kommandirenden des Distriktes, General Sickles, des Inhaltes: der General habe in Erfahrung gebracht, daß unter den im Zuge getragenen Fahnen das nationale Banner fehle. Da glehnliches auch bei einer früheren Parade der Fall gewesen, so lasse sich daraus eine absichtliche Missachtung erkennen. Derartige Unloyalität darf nicht geduldet werden, und deshalb sei hiermit befohlen, an der Spitze des Zuges das nationale Banner, unter Begleitung einer Ehrenwache, zu tragen und dasselbe beim Vorbeimarsch vor den die Revue abhaltenden Persönlichkeiten aufzupflanzen. Jeder Mann, der vor demselben vorbeiziehe, habe drei Schritte vorher Hut oder Mütze abzuziehen und darf nicht eher wieder sein Haupt be-

decken, bis er drei Schritte darüber hinaus sei. Den Schlüß bildete die bestimmte Ordre, jeden, der dieser Weisung nicht nachkomme, zu verhaften, und die amerikanischen Bürger wandelten unter ihrem Druck entblößten Hauptes vor dem Sternenbanner vorüber.

Pommern.

Stettin, 21. Mai. Aus dem Verwaltungsberichte pro 1866 des Direktoriums der Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft heißen wir noch Folgendes mit:

Die Einnahmen aus dem gesammten Personen- und Güterverkehr haben im vorigen Jahre für die Bahnstrecke Berlin-Stettin-Stargard 1,719,657 Thlr. 22 Sgr. 9 Pf. und für die Bahnstrecke Stargard-Cöslin-Colberg 465,346 Thlr. 19 Sgr. 2 Pf. betragen. Sie übersteigen die Einnahmen des Jahres 1865 um resp. 113,749 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf. und 77,031 Thlr. 28 Sgr. Bei der Bahnstrecke Angermünde-Stralsund, Büssow-Wolgast und Stettin-Pasewalk haben die Einnahmen aus dem gesammten Personen- und Güterverkehr im vorigen Jahre 536,789 Thlr. 28 Sgr. 11 Pf. — 6,887 Thlr. 21 Sgr. 10 Pf. weniger als im Jahre 1865 — betragen.

Die Gesamteinnahme des vorigen Jahres bei dem Betriebe der Bahnstrecke Berlin-Stettin-Stargard ergiebt, nach Berichtigung sämtlicher Ausgaben, einschließlich der statutenmäßigen Beiträge zum Reservebaufonds und der bereits mit 4 p.C. bezahlten Zinsen der Stammaktien, einen Überschuss von 516,492 Thlr. 19 Sgr. 7 Pf., welcher den Reinertrag des Jahres 1865 um 99,062 Thlr. 3 Sgr. 4 Pf. übersteigt und die Mittel gewährt, um nach Abzug der Tantieme für den Verwaltungsrath mit 4000 Thlr. nach Dotirung des Reservefonds für unerwartete Einnahme-Ausfälle, Verbesserungen und außergewöhnliche Ausgaben mit 69,595 Thlr. 8 Sgr. 9 Pf. und nach Entrichtung der Amortisationsabgabe an den Staat mit 75,078 Thlr. 22 Sgr., außerdem bereits mit 4 p.C. gezahlten Zinsen noch eine Dividende von 4 1/2 p.C. auf die Stammaktien für das vorige Jahr zu zahlen. Der demnächst noch verbleibende Überschuss von 1,106 Thlr. 3 Sgr. 10 Pf. ist den Einnahmen des Jahres 1867 vorzutragen.

Die gesammte Einnahme des vorigen Jahres für die Zweigbahnen Stargard-Cöslin-Colberg resp. Angermünde-Stralsund, Büssow-Wolgast und Pasewalk-Stettin übersteigt die Ausgaben, ausschließlich der Zinsen des Anlagekapitals, jedoch einschließlich der statutenmäßigen Beiträge zum Reservebaufonds um resp. 97,100 Thlr. 7 Sgr. 11 Pf. und 54,402 Thlr. 18 Sgr., welche Beiträge an den Staat als Erstattung auf die von demselben zur Vergütung des Anlagekapitals dieser Zweigbahnen geleisteten Zuschüsse abgeführt sind.

Der Zuschuß, welcher aus Fonds der Gesellschaft zur Vergütung des ultimo vorigen Jahres sich auf 10,862,200 Thlr. Nominalbetrag in vierprozentigen Prioritäts-Obligationen belaufenden Anlagekapitals der Zweigbahnen Stargard-Cöslin-Colberg geleistet worden ist, betrug im vorigen Jahre 54,159 Thlr. 14 Sgr. Die Einnahme, welche die Bahnstrecke Berlin-Stettin-Stargard aus dem Verkehr von und nach der Bahnstrecke Stargard-Cöslin-Colberg resp. von und nach den vorpommerschen Zweigbahnen gehabt hat, beträgt für das vorige Jahr resp. 289,665 Thlr. 5 Sgr. 4 Pf. und 187,590 Thlr. 24 Sgr. 3 Pf. — resp. 51,764 Thlr. 12 Sgr. 5 Pf. und 14,930 Thlr. 28 Sgr. 7 Pf. mehr als im Jahre 1865.

Der Bau des biesigen Güterbahnhofes am rechten Parnitz-Ufer ist bereits soweit gefördert, daß voraussichtlich schon im Herbst dieses Jahres auf demselben ein Güterschuppen fertig gestellt sein wird. Nachdem dies geschehen, soll vorläufig die Güterannahme resp. Ausgabe für den östlichen Verkehr nach dem neuen Güterbahnhof verlegt werden. Die vollständige Vollendung des Baues des Güter-Bahnhofes resp. die Vollendung des damit in Verbindung stehenden Umbaues des Personen-Bahnhofes hier selbst ist im Laufe des Jahres 1868 zu erwarten.

Der durch die außerordentliche General-Versammlung der Gesellschaft am 21. Januar er. beschlossene Bau der Zweigbahn Cöslin-Stolp-Danzig hat noch nicht die Allerhöchste Konzession erhalten, auf dieselbe ist aber in nächster Zeit zu rechnen. Nach Eingang derselben und nach Sicherung der für diesen Bau erforderlichen Geldmittel, desgleichen nach Feststellung der Bauliste wird mit dem Bau nach Maßgabe der erfolgten unentgeltlichen Überweisung des Grund und Bodens vorgegangen werden. Inzwischen wird die Absteckung der Baulinie ausgeführt.

Nach dem Berichte des Verwaltungsrathes scheiden aus dem Direktorium nach Ablauf der statutenmäßigen Dienstzeit, jedoch wieder wählbar, aus: Die Herren Stadtrath Kutschner, Geh. Kommerzienrat Rahm, Kaufmann Marchand. Von den Mitgliedern des Verwaltungsrathes scheiden, jedoch gleichfalls wieder wählbar, aus: die Herren Justizrat Pitschly, Geheimer Kommerzienrat Schultow, Kaufmann A. Silling, Kaufmann Albert de la Barre, Kaufmann Isidor Meyer, Stadtgerichtsrath Witte, Kaufmann Bredt.

Die Rechnung für das vorige Jahr ist dem Verwaltungsrath bereits vorgelegt, die für das Jahr 1865 ist von demselben revidirt, für richtig befunden und beehrgirt worden. Bei einer außerordentlichen Revision der Hauptkasse ist diese in völliger Ordnung gefunden.

Um den Besuch der Pariser Ausstellung zu erleichtern, sind bekanntlich von Berlin aus Extrazüge zum halben Fahrpreis ringerichtet worden. Die für solche gültigen Billets werden in der Folge auch bei den Stationskassen auf allen Bahnstrecken der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft zu haben sein und hat das biesige Direktorium darin gewilligt, daß auch bei Benutzung der diesseitigen Bahnstrecken eine Preisermäßigung von 50 p.C. für den vorliegenden Fall eintrete.

In Folge Abbruches und Neubaues der Häuser Mittwochstraße No. 2 und 3 ist auch das Nachbarhaus No. 4 des Fleischhermesters Kurreck so baufällig geworden, daß dasselbe abgebrochen werden muß. Der Besitzer desselben hat sich deshalb jetzt zu einem Neubau entschlossen.

Ein in Grabow a. D. mit dem Formularlehrling St. aus Neuendorf zusammen logierender Kutschner, der in seinem verschlossenen Kasten 100 Thlr. aufbewahrte, machte die betrübende Entdeckung, daß ihm von diesem Gelde 31 Thlr. gestohlen seien. Sein Verdacht lenkte sich sofort auf St., der in letzterer Zeit für verschiedene Zwecke entschieden mehr Geld ausgegeben, als er er-

wieslich verdient und hat sich der Verdacht auch bestätigt, weni- gleich St. den Diebstahl nur teilweise zugestellt.

— In Liebenow, Synode Bahn, ist der zweite Lehrer Gutmann fest angestellt.

Neueste Nachrichten.

Darmstadt, 16. Mai, Nachmittags. Eine ministerielle Verordnung verbietet aus Anlaß der Kinderpest die Abhaltung von Viehmärkten im ganzen Großherzogthum. Das Gesetz, betreffend die bei Verlusten durch die Pest den Eigentümern zu leistende Entschädigung, wird morgen veröffentlicht. — In Frankfurt a. M. ist die Zufuhr von Vieh aus der Provinz Oberhessen verboten.

Die Abgeordnetenkammer bewilligte in ihrer heutigen Sitzung die Summe von 80,000 fl. für Verbesserung der Schulbeträge und setzte 300 fl. als Jahres-Minimalentommen fest.

Wien, 20. Mai, Nachmittags. Der Reichsrath wurde eben eröffnet. Der Präsident des Herrenhauses, Fürst Carlos Auersperg, warf in seiner Eröffnungsrede einen Rückblick auf die „jüngsten, schwerwiegenden Ereignisse.“ „Für Österreich, erklärte derfelbe, müssen neue, staatsrechtliche Grundlagen geschaffen werden. Wir müssen ein ungestörtes Verfassungsgesetz erreichen, damit der Glaube der Völker an ihre politische Berechtigung erstarke und das Bewußtsein in ihnen wieder auflebe: daß in ihren Händen ein wichtiger Theil ihrer Geschichte ruht, und daß ihr Wohlergehen in der Eintracht zu finden ist. Alle politischen Kreise sollen sich inigst in dem Gedanken vereinigen, daß es gilt, für die Macht Österreichs zu wirken.“

Im Abgeordnetenhouse that der Präsident Dr. Gisela der Sitzungssperiode und der Verfassungssuspension Erwähnung und schloß: „Dem Hause liegen groÙe, schwere Aufgaben ob. Die Gleichberechtigung der Nationalitäten und Konfessionen, sowie die Durchführung eines ehrlichen Konstitutionalismus muß zur Wahrheit, der Ausgleich mit Ungarn in einer beiden Reichshälften gerecht werden.“

Triest, 19. Mai, Abends. Der Lloydampfer „Progreso“ ist heute Abend mit der östindischen Überlandpost hier eingetroffen.

Paris, 20. Mai, Abends. Der Londoner Vertrag soll in Kurzem den Kammer mitgetheilt werden und wird die Regierung, wie glaubwürdig versichert wird, auf eine Besprechung der durch diesen Vertrag geregelten Situation eingehen.

„Patrie“ zufolge sind die Schwierigkeiten zwischen der Regierung und der Kommission des gesetzgebenden Körpers, betreffend den Armee-Reorganisationsentwurf, nunmehr vollständig geregnet. Die Kommission acceptirt für dieses Jahr die Ziffer von 800,000 Mann, wie sie die Regierungsvorlage fordert, hält jedoch zu Gunsten des gesetzgebenden Körpers das Recht aufrecht, für die nachfolgenden Jahre das Kontingent festzustellen.

Viehmärkte.

Berlin. Am 20. Mai c. wurden an Schlachtvieh auf biesigem Viehmarkt zum Verkauf aufgetrieben:

An Rindvieh 1590 Stück. Das heutige Geschäft war durch bedeutende Ankäufe nach dem Auslande sehr lebhaft, und wurden Prima-Qualität gern mit 17 Thlr., Mittel 13—15, ordinäre 10—11 Thlr. pro 100 Pf. Fleischgewicht bezahlt.

An Schweinen 1835. Die Durchschnittspreise stellen sich bei schwächeren Zutritten merklich höher als vorige Woche, denn beste Kernware wurde mit 17 Thlr., Mittel 15 Thlr. pro 100 Pf. Fleischgewicht aufgeräumt.

An Schafvieh 10,009 Stück. Die Zutritten waren im Verhältniß zum gegenwärtigen Konsum sehr stark, ungeachtet, daß mehrere tausend Stück über Hamburg nach England verlaufen wurden, so blieben dennoch bedeutende Bestände unverkauft.

An Kalber 645 Stück, welche bei lebhaftem Verkehr zu höheren Preisen abgesetzt wurden.

Schiffsbewerthe.

Swinemünde, 19. Mai, Nachmittags. Angelommene Schiffe: Norstern (SD), Wulf, von Elbing. Teres (SD), Braun, von Kiel. Wind: ND. Strom ausgehend. Revier 14 f.

20. Mai, Vormittags. Fünf Brüder, Dobbrück von Colberg. Echo (SD), Shores von Hull. Die Grinde (SD), Schulz, von Stolpmünde. Wind: SD. Strom ausgehend. Revier 14 1/2 f.

20. Mai, Nachmittags. Bowes, Hall von Sunderland, läuft in Swinemünde. Wind: ND. Strom ausgehend. Revier 14 1/2 f.

Börsen-Berichte.

Stettin, 21. Mai. Witterung: Morgens Regen, Mittags leicht bewölkt. Temperatur + 8° R. Wind: ND.

An der Börse.

Weizen festler und etwas höher, loco pr. 85psd. gelber und weißbunter 89—94 R bez., 83—85psd. gelber Mai 93 Bd., Mai-Juni 92 bis 92 1/2 R bez. u. Bd. Juni-Juli 92 R. Br. Juli-August 91 R bez. u. Bd. September-Oktober 80 1/2, 81 R bez.

Roggen höher bezahlt, pr. 2000 Bd. loco 63—65 1/2 R bez. Mai-Juni 63 1/4, 64 R bez. u. Br. Juni-Juli 62 1/2, 63 1/4 R bez. u. Br. Juli-August 60, 60 1/2 R bez. u. Br. September-Oktober 56 R bez. Br. u. Bd. Oktober-November 54 R bez. u. Br.

Gerste und Hafer ohne Umsatz.

Wicken loco 47 1/2, 48 R bez. vom Boden Kleinigkeiten 50 R bez. Rüb 81 behauptet, loco 11 R Br. 10 1/2 R bez., Mai 11 R Br. Mai-Juni 11 Br. 10 1/2 R bez., Sept.-Oktober 11 1/2 R Br.

Spiritus fest, loco ohne Fass 19 1/2, 19 1/2 R bez. mit Fass 18 1/2 R bez. Mai-Juni u. Juli 18 1/2, 18 1/2 R bez. Juli-August 19 R bez. Br. August-September 19 1/2 R bez. September-Oktober 18 1/2 R bez. u. Bd.

Angemeldet: 300 Ctr. Rüböl.

Berlin, 21. Mai, 1 Uhr 1 Min. Nachmittags. Staatschuldscheine 84 bez. Staats-Anleihe 4 1/2 % 98 bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 142 bez. Stargard-Potsdamer Eisenbahn-Aktien 95 bez. Dörfel. Nat-Anleihe 57 bez. Pomm. Pfandbriefe 89 1/2 bez. Oberhessische Eisenbahn-Aktien 19 1/2 bez. Wien 2 Mt. 79 1/2 bez. London 3 Mt. 6 23 bez. Paris 2 Mt. 80 1/2 bez. Hamburg 2 Mt. 150 3/4 bez. Mecklenb. Eisenbahn-Aktien 77 1/2 bez. Russ. Prämiens-Anleihe 94 1/2 bez. Russ. Banknoten 81 1/2 bez. Amerikaner 6% 78 1/2 bez.

Roggen Mai-Juni 64 1/2, 65 1/2 bez. Juni-Juli 64 1/2, 65 1/2 bez. Juli-August 60 1/2, 61 1/2 bez. Rüböl loco 11 1/2 bez. Mai-Juni 11 1/2, 12 1/2 bez. Juni-Juli 11 1/2, 12 1/2 bez. September-Oktober 11 1/2 bez. u. Br. Spiritus loco 20 bez. Mai-Juni 19 1